

Österreichische Gesellschaft für Außenpolitik und die Vereinten Nationen

**Die Militärdoktrinen des Warschauer Pakts im Wandel
- Die Nationale Volksarmee der DDR von der Offensiv- zur Defensivstrategie -**

Oberst a.D., Siegfried Lautsch

Wien, 22. Oktober 2014

Zum Referent: Oberst a.D. Siegfried Lautsch, geb. 1949 in Schwanebeck (Brandenburg), nach dem Abitur Besuch der Offiziersschule der Landstreitkräfte von 1967 bis 1970. Anschließend bis 1976 Einsatz als Aufklärungsoffizier (Truppen-/Panzeraufklärung). 1976 bis 1980 Studium an der „Militärakademie M. W. Frunse“ in Moskau, Abschluss als Diplom-Militärwissenschaftler und Übersetzer. 1980 bis 1982 Kommandeur eines Aufklärungsbataillons. Darauf zunächst Leiter der Unterabteilung Operativ des Militärbezirks V (5. Armee der NVA). Nachfolgend von 1983 bis 1987 Leiter der Abteilung Operativ. Danach bis zur Auflösung der NVA am 02.10.1990 Unterabteilungsleiter für Ausbildung im Ministerium für Nationale Verteidigung der DDR. 1988 Beförderung zum Oberst (NVA).

In der Bundeswehr zunächst Einsatz als S3/Stabsoffizier und Dezernent für Ausbildung und Infrastruktur im Bundeswehrkommando Ost, ferner S3/Stabsoffizier und Stellvertreter des Kommandeurs eines Jägerregiments. Einsatz als Dezernent für die Weiterentwicklung der Panzergrenadiertruppe, Alarmierung und Mobilmachung des Heeres, Rüstungskontrollstabsoffizier und Militärbeobachter im Auftrag der OSZE. Dienstende 2007 als Oberstleutnant a.D. (Bundeswehr).

Zahlreiche Studien, Konzepte und Publikationen, u.a.: „Taktisches Konzept Infanterist der Zukunft“, Heeresamt Köln 2000. „Zur operativen Einsatzplanung der 5. Armee der NVA im Rahmen einer Front der Vereinten Streitkräfte der Warschauer Vertragsorganisation in den 1980er Jahren.“ In: Die Streitkräfte der DDR und Polens in der Operationsplanung des Warschauer Paktes. Hrsg. von Rüdiger Wenzke, Potsdam 2010, S. 35-59. „Zur Planung realer Angriffs- und Verteidigungsoperationen im Warschauer Pakt im Kalten Krieg - am Beispiel der NVA.“ In: Military Power Revue der Schweizer Armee, Nr. 2/2011, S. 20-31. „Die NVA-Operationsplanung für Norddeutschland 1983-1988.“ In: Wege zur Wiedervereinigung. Die beiden deutschen Staaten in ihren Bündnissen 1970-1990. Hrsg. Oliver Bange und Bernd Lemke, Potsdam 2013, S. 265-285.

Autor des Buches „Kriegsschauplatz Deutschland, Erfahrungen und Erkenntnisse eines NVA-Offiziers, Potsdam 2013“.

Zum Vortrag: Der Referent beginnt seinen Vortrag mit einem Rückblick auf den Überfall des nationalsozialistischen Deutschlands auf die Sowjetunion am 22. Juni 1941, der von Anbeginn als Vernichtungskrieg geplant war. Zudem zeigte der Krieg, dass nicht nur die Anfangsperiode, sondern auch der „Erstschlag“ des Gegners eine große Bedeutung für den Kriegsverlauf erlangte. Das war für die Sowjetunion und für den Generalstab in Moskau eine bittere Erfahrung des Jahres 1941.

Siegfried Lautsch gliedert seinen Vortrag in drei Abschnitte. Er befasst sich mit den Folgen des Eroberungskrieges des nationalsozialistischen Deutschlands, den Grundsätzen der militärischen Nachkriegskonzeptionen der Warschauer Vertragsorganisation (WVO) bis zum Beginn der 1980er Jahre und referiert im zweiten Teil zu den Operativen Planungen der 1.

Front. Dabei ging er detailliert auf die Veränderungen im operativ-strategischen Denken der General-(Hauptstäbe) der WVO von der Offensiv- zur Defensivstrategie auf dem Westlichen Kriegsschauplatz ein, um im Schlussteil seine Erkenntnisse und Folgerungen in einem Video zusammenzufassen.

Die Schilderungen der Operativen Planungen durch Oberst a.D. Lautsch sind Ergebnis seiner persönlichen Tätigkeit als Leiter der operativen Abteilung im Militärbezirk V, der im Kriegsfall zur 5. Armee der NVA aufgestockt werden sollte und als Großverband seinen Platz in der 1. Staffel der 1. Front zu übernehmen hatte. Zum Bestand der 1. Front gehörten in den 1980er Jahren im Verteidigungsfall 6 sowjetische Armeen, darunter eine Luftarmee, sowie 2 aus den ostdeutschen Streitkräften gebildete Armeen der NVA. Insgesamt verfügte die 1. Front über einen Kampfbestand von 30 Divisionen, davon 19 sowjetische und 11 Divisionen der NVA sowie über eine sowjetische Artilleriedivision. Außerdem wurden der 1. Front 7 Fliegerdivisionen, davon 2 der NVA unterstellt.

Obwohl der Umfang der Streitkräfte auf dem Territorium der DDR im Verlauf des Ost-West-Konflikts variierte, ist der Referent der Auffassung, dass bei der letzten Verteidigungsplanung des Jahres 1988 von einem Kampfbestand der 1. Front von bis zu 1.000.000 Soldaten, 10.000 Kampfpanzern, 150.000 gepanzerten Fahrzeugen, 216 operativ-taktischen und taktischen Raketensystemen, 6.350 Artilleriesystemen über 100 mm, 850 Kampfflugzeugen, 900 Hubschraubern und 230.000 Kraftfahrzeugen ausgegangen werden kann.

Zur Ausgangslage

Bis Anfang der 1980er Jahre gingen die Kriegsplanungen der WVO davon aus, dass einer angenommenen Aggression der NATO mit einer offensiven militärischen Strategie begegnet werden müsse. Dabei war beabsichtigt, möglichst schnell die militärische Initiative durch strategische Angriffsoperationen zu ergreifen, durch die der vermeintliche Aggressor auf seinem Territorium vernichtend geschlagen werden sollte. Die Androhung einer „vernichtenden Abfuhr“ durch die Streitkräfte der WVO wurde im Westen als aggressive Absicht wahrgenommen und mit entsprechenden Gegenmaßnahmen beantwortet. Dazu gehörten in den 1980er Jahren unter anderem die militärischen Konzeptionen Air Land Battle aus dem Jahr 1982 und Follow on Forces Attack von 1984.

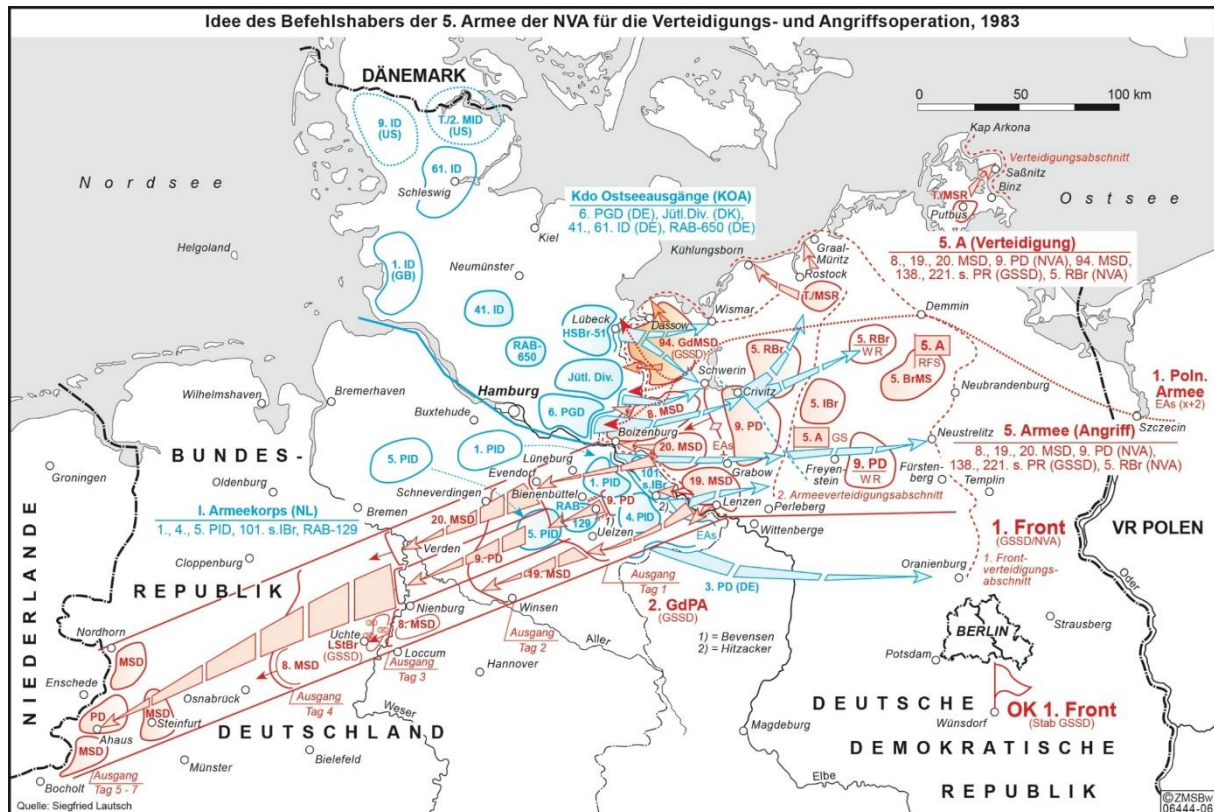
Ronald Reagan ordnete am 23. März 1983 offiziell die Strategische Verteidigungsinitiative (Strategic Defense Initiative/SDI) zum Aufbau eines Abwehrschirms gegen die sowjetischen Interkontinentalraketen an. Die Streitkräfte der NATO erleben einen Modernisierungsschub, der einen Verzicht auf taktische Nuklearwaffen in greifbare Nähe rücken ließ. Neue Artillerie- und Minenverlegesysteme, Panzerabwehrmittel, Panzer und Schützenpanzer, Flugzeuge und andere moderne Systeme wurden in den NATO-Streitkräften eingeführt. Mit über 5.000 Kampf-, 2.000 Schützenpanzern und rund 1.000 Artilleriesystemen war das westdeutsche Heer der Eckpfeiler der NATO-Vorneverteidigung in Mitteleuropa.

Die Gliederung der Streitkräfte, die Struktur, Bewaffnung und Ausrüstung der alliierten Korps der NATO-Streitkräfte auf westdeutschem Territorium, vor allem aber die Atomic Strike Plans der alliierten Luftflotten, ließen Fähigkeiten für eine offensive Kriegsführung der NATO erkennen. Mit anderen Worten: Die Planungen des Pentagons für den Atomkrieg (SIOP-5) aus dem Jahr 1982 enthielten mehr als 40.000 Nuklearziele bis weit in das Territorium der Sowjetunion hinein. Berechnungsgrundlage der US-Experten für die Zielplanung war, dass auf

Städte mit mehr als 50.000 Einwohnern ein Atomsprengkopf bereitgestellt werden sollte, für Moskau mehrere.

Die WVO sah in der verschärften Aufrüstung des Westens eine massive Bedrohung, gegen die reagiert werden musste.

Zum Einsatz der 5. Armee im Rahmen der operativen Planung im Jahre 1983



Zeitgeschichtlich eingeordnet, erfolgte diese Planung in der Phase der Aufstellung der atomaren Mittelstreckenraketen in Europa. Die US-Armee gab am 20. August 1982 eine neue Heeresdienstvorschrift (FM 100-5) heraus. Hier wurde die grundlegende Einsatzkonzeption des Heeres „Air Land Battle“ genannt, die auf eine dreidimensionale Kriegführung hinauslief.

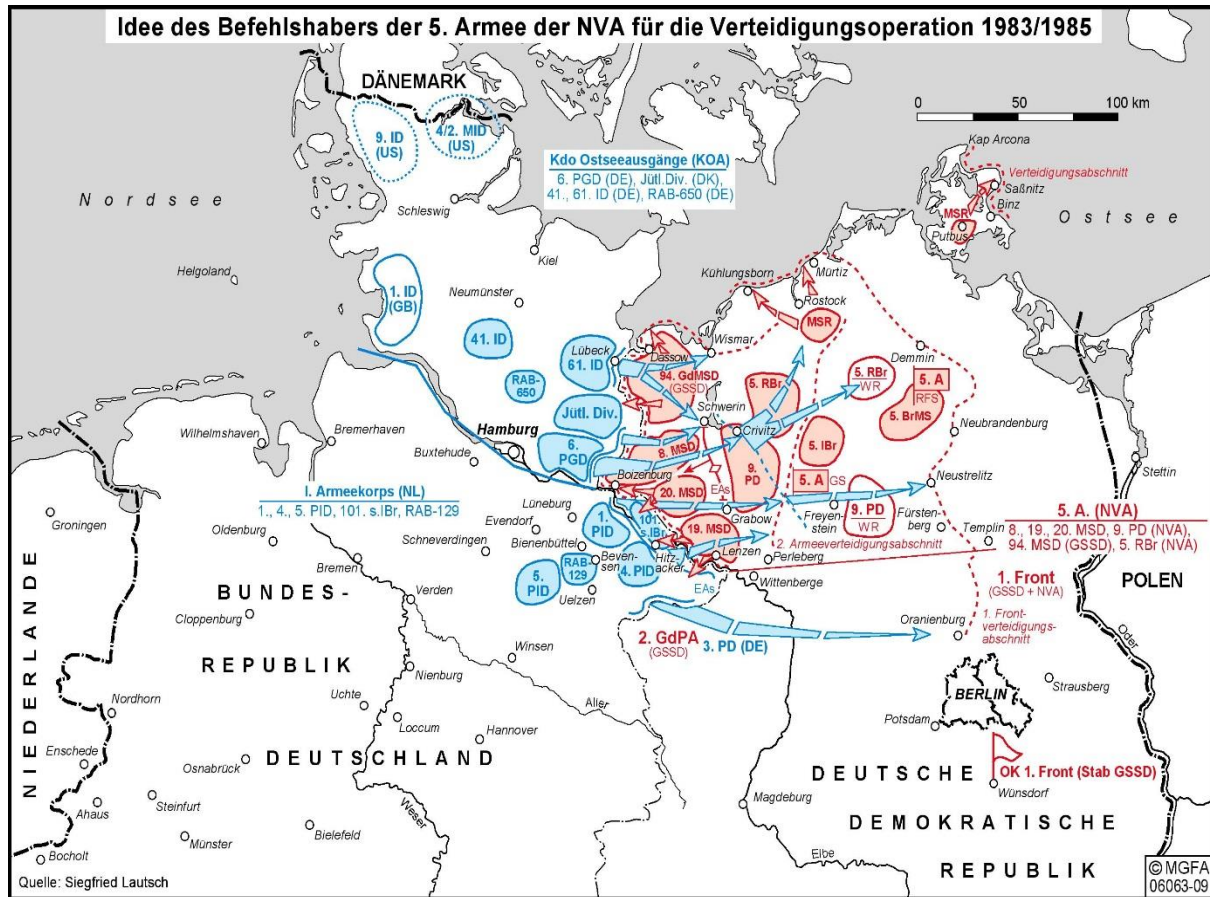
Die Streitkräfte der WVO waren entsprechend der 1983er Planung bereit, die Schläge des Gegners abzuwehren, vernichtende Gegenschläge zu führen und mit sofort folgenden Kampfhandlungen den Gegner auf seinem Territorium vernichtend zu schlagen.

Die strategische Verteidigung war so geplant, dass aus den gleichen Räumen im Verteidigungstreifen der Armeen der 1. Front sowohl die Verteidigungs- als auch die Angriffsoperation durchführbar gewesen wäre. Bei Vorliegen zuverlässiger Erkenntnisse über tatsächliche Angriffsabsichten des Gegners, also in der Erwartung eines ohnehin unvermeidlichen Krieges, hielten die Planer der 1. Front auch präventive Offensivhandlungen für möglich.

Die Angriffsoperation hatte zum Ziel, durch starke Schläge die Gefechtsordnung des I. Niederländischen Korps aufzubrechen und nach Teilen zu zerschlagen, durch ständige Bekämpfung seiner Gruppierungen mit Feuer und Manöver der Truppen Niedersachsens in 5 bis 7 Tagen einzunehmen. Mit dieser Option sollte der Nachschub aus Westeuropa und den

USA unterbrochen und damit günstige Voraussetzungen für die südlich der 5. Armee handelnden Hauptkräfte der 1. Front geschaffen werden.

Die 5. Armee in der Verteidigungsoperation 1983 und 1985



Während die Operative Planung für die 5. Armee 1983 noch unter dem Primat des Angriffs stand, zeigt die von 1985 bereits ein anderes Bild.

Wegen der zunehmenden wirtschaftlichen Stagnation im Ostblock seit Anfang der 1980er Jahre nahm innerhalb der politischen Führung der Sowjetunion die Einsicht in die Notwendigkeit eines Kurswechsels zu. 1985 leitete der neue Generalsekretär des Politbüros, Michail Gorbatschow, ein Reformprogramm ein, das er „Perestroika und Glasnost“ nannte. In der Außenpolitik bestand der Kurswechsel darin, dass Haushaltsdefizit der Sowjetunion durch eine strikte wechselseitige Abrüstung der Blöcke aufzufangen.

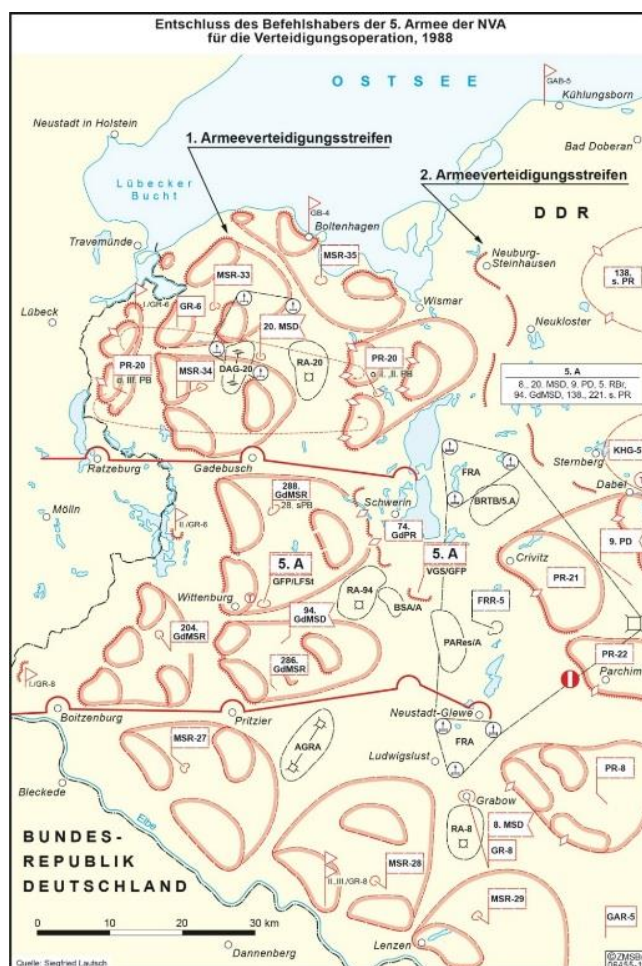
Der Referent betont, dass die Veränderung im operativ-strategischen Denken von 1985 noch nichts mit dem Beginn der Gorbatschow-Ära zu tun hatte. Als die Planung Anfang 1985 begann, war Gorbatschow noch nicht im Amt. Die neuartige Verteidigungsplanung des sowjetischen Generalstabes basierte nach Meinung des Vortragenden augenscheinlich auf der Beurteilung der politischen und wirtschaftlichen Problematik im eigenen Machtbereich, auf den Ergebnissen des Krieges in Afghanistan, der erhebliche Kräfte und Mittel verschlang und nicht zuletzt auf die verhängten Wirtschaftssanktionen der USA gegen die Sowjetunion. Diese und andere Faktoren hatten zur Folge, dass die Sowjetunion zur Einschätzung kommen musste, keinen weiteren Krieg in Europa erfolgreich führen zu können. Darüber hinaus ist

nicht auszuschließen, dass SED-Generalsekretär Erich Honecker seinen Einfluss geltend machte und von den sowjetischen Generälen forderte, die DDR unmittelbar an der Grenze zu verteidigen, um das eigene Territorium in einem Krieg nicht völlig preiszugeben.

Aus diesen Gründen wurde, im Gegensatz zur vorherigen Planung, die Masse der Truppen weiter in die Nähe der westlichen Staatsgrenze verlegt. Das Ziel der 5. Armee war nun nicht mehr der sofortige weitreichende Gegenangriff auf das Territorium der Bundesrepublik Deutschland, sondern nach erfolgreicher Abwehr in einer Grenzschlacht die Wiederherstellung des „Status quo ante“ an der Innerdeutschen Grenze.

Die 5. Armee in der Verteidigungsoperation 1988

Schließlich erläuterte der Referent die letzte Operative Planung der WVO am Beispiel der 5. Armee der NVA.



Ab Mitte der 1980er Jahre konnte die Spirale der Drohungen durch politisches Handeln durchbrochen werden. Politische Verantwortung und diplomatische Mittel standen nunmehr im Vordergrund. Dazu gehörte unter anderem das Genfer Gipfeltreffen vom 19. bis 21. November 1985 zwischen US-Präsident Ronald Reagan und dem sowjetischen Generalsekretär Michail Gorbatschow, das eine Phase der Verständigung und des Ausgleichs einleitete.

Erster Höhepunkt war die Unterzeichnung des Vertrags über die Beseitigung aller Mittelstreckenraketen vom 18. Dezember 1987, auch als INF-Vertrag bezeichnet. Ferner verkündete Michail Gorbatschow am 07. Dezember 1988 auf der 43. UN-Vollversammlung in New York eine einseitige Abrüstungsinitiative mit den Worten: „Die Sowjetunion hat den Beschluss gefasst, ihre Streitkräfte zu reduzieren. In den nächsten zwei Jahren wird sich die zahlenmäßige Stärke um 500.000 Mann verringern, auch der Umfang der konventionellen Waffen wird wesentlich reduziert.“

Damit war beabsichtigt, die sowjetischen Truppen in der DDR um 5.000 Panzer zu verringern. Es sollten vier Panzerdivisionen abgezogen und einzelne Panzerregimenter zu Mot.-Schützenregimenter umgewandelt werden. Im Ergebnis dieser Maßnahmen sollte eine zahlenmäßige Reduzierung in der DDR um etwa 50.000 Mann erreicht werden. Nach Abstimmung über das weitere Vorgehen zwischen der UdSSR und der DDR sollte bereits im Dezember 1988 mit der Reduzierung der sowjetischen Streitkräfte begonnen werden. Beachtenswert ist in diesem Zusammenhang die Erklärung des Referenten, dass sich die DDR-Regierung Anfang 1989 unilateral verpflichtete, ihre Streitkräfte ebenfalls um 600 Panzer und 500 Flugzeuge zu reduzieren. Diese Vorhaben entsprachen ganz der neuen Militärdoktrin der WVO, die im Mai 1987 vom Politisch Beratenden Ausschuss der Teilnehmerstaaten des Warschauer Vertrages in Berlin beschlossen wurde.

Entsprechend den Empfehlungen des sowjetischen Generalstabes und des Oberkommandierenden der Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages wurde die Operative Planung der 1. Front unter Beteiligung der NVA der DDR im Jahre 1988 letztmalig geändert. Das östliche Bündnis reduzierte wie zuvor genannt, bereits seit 1988 seine Angriffsfähigkeit und verfolgte damit das Ziel, im Falle eines militärischen Konflikts im Rahmen einer Verteidigungsoperation, lediglich den „Status quo ante“ zu erreichen.

Die 5. Armee der NVA hatte nunmehr eine standhafte und aktive Verteidigung, angelehnt an ein dichtes tiefgestaffeltes Stellungssystem, zu gewährleisten, den Angriff abzuwehren und die gegnerische Gruppierung in einer Grenzschlacht zu zerschlagen. Die letzte Operative Planung des Jahres 1988 verdeutlicht exemplarisch die sicherheitspolitischen Veränderungen im sowjetischen operativ-strategischen Denken. Sie ist ein Zeichen der Abkehr von einer offensiven hin zu einer defensiven Operationsführung und ein Argument für die Bereitschaft der Sowjetunion, ihre Streitkräfte auf dem Territorium der DDR drastisch zu reduzieren.

Die Mitgliedstaaten des Warschauer Vertrages haben nach einer jahrzehntelangen Konfrontation mit ihrer letzten gemeinsamen Militärdoktrin eine Idee für Europa entwickelt, wie ein umfassendes System der internationalen Sicherheit und eine bessere Welt aussehen könnte. Die Absichten des Ostblocks waren aber nicht in die Tat umzusetzen, weil die Fakten im Westen mit massiver Skepsis betrachtet wurden und deshalb unberücksichtigt blieben.

Mit der Erklärung der WVO in der Militärdoktrin von 1987, niemals und unter keinen Umständen militärische Handlungen gegen einen beliebigen Staat oder ein Staatenbündnis, und auch niemals als erste Kernwaffen einzusetzen, wurde zwar das System der wechselseitigen Nuklearabschreckung nicht aufgehoben, aber die Gefahr einer schnellen nuklearen Eskalation in Zentraleuropa verringert. Das Ende des Ost-West-Konflikts fand seinen Ausdruck in der Charta von Paris, anlässlich des KSZE-Gipfeltreffens der Staats- und Regierungschefs und der Erklärung für ein freies Europa, der Anerkennung der Demokratie als

einzigste Regierungsform und der Verpflichtung, auf die Androhung und Anwendung von Gewalt zu verzichten. Auf dieser Gipfelkonferenz am 21. November 1990 in Paris erklärten die Staats- und Regierungschefs von 32 europäischen Ländern, der USA und Kanadas die Spaltung Europas für beendet. Diese Charta dokumentiert das Ende der Konfrontation der Nachkriegszeit und der Teilung Europas, so war die Absicht.

Abschließend erklärte Siegfried Lautsch, dass er als Berufsoffizier in beiden deutschen Armeen diente und als Vertreter in der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit im Auftrag der Bundesrepublik Deutschland hoheitliche Aufgaben wahrgenommen hat. Er habe feststellen müssen, dass nicht nur in der Öffentlichkeit sondern auch bei den Militärexperten der NATO-Mitgliedstaaten der in den 1980er Jahren erfolgte strikte Wandel im operativ-strategischen Denken der Generalstäbe der WVO nicht bekannt geworden ist. Deshalb habe er sich entschlossen, seine Expertise zu veröffentlichen, um zumindest die Einsatzplanung der 5. Armee der NVA offenzulegen und jahrzehntelange Spekulationen und irritierende Unterstellungen zu den Einsatzplanungen der WVO abzubauen oder zu revidieren.

Das „Zentrum für Militärgeschichte und Sozialwissenschaft der Bundeswehr“ in Potsdam publizierte dazu im September 2013 sein Buch „Kriegsschauplatz Deutschland, Erfahrungen und Erkenntnisse eines NVA-Offiziers“.

Möge sein militärhistorischer Rückblick, so erklärte der Zeitzeuge, einen Anstoß zu weiterführenden historiografischen Untersuchungen des militärischen Denkens im Kalten Krieg geben, bei denen auch die militärischen Planungen der NATO offengelegt werden. Das wäre eine Verantwortung für die Politik, für die Gesellschaft und die Militärs. Eine Herausforderung, der wir gerecht werden sollten - durchaus kritisch, aber konstruktiv.

Den Vortrag beendete Oberst a.D. Lautsch mit einem Video, das sowohl die Kampfhandlungen der NATO-Streitkräfte in Europa als auch die der WVO in den 1980er Jahren einschloss.

Diskussion

Im Anschluss an den Vortrag beantwortete der Referent Fragen der Zuhörer und stand für ein Interview unseres Magazins „GLOBAL VIEW“ zur Verfügung.

Bemerkenswert ist seine Argumentation zum NATO-Doppelbeschluss.

Der NATO-Doppelbeschluss vom 12. Dezember 1979 sah vor, 108 Pershing-II und 464 bodengestützte Cruise Missiles in Westeuropa zu stationieren. Die Stationierung war Ergebnis eines von den USA dominierten Rüstungsprogramms und keine unbedingte Reaktion auf die geplante Stationierung von SS-20 Raketensystemen im Westen der Sowjetunion. Bereits 1972 vergab die Streitkräfteführung der USA den Auftrag, ein Nachfolgesystem für das eingeführte Raketensystem Pershing Ia zu entwickeln. Das Projekt erhielt die Bezeichnung Pershing II. Die nachgewiesene Reichweite der Pershing II betrug Ende 1977 1.800 km. Schon 1978 hatte die Bundesrepublik in NATO-Gremien ihre Besorgnis über das Bekanntwerden des Modernisierungsvorhabens des Pershing-Bestandes in der Öffentlichkeit geäußert. Anfang 1981 vereinbarten die Regierungen der USA und der Bundesrepublik sogenannte Sprachregelungen, die die Stationierung einer moderneren Form der Pershing Ia dementierte.

Wenn aber der Entschluss zur Stationierung gefasst werden sollte, handelt es sich um einen Eins-zu-Eins-Austausch der veralteten Raketensysteme, die genauer und zuverlässiger sein werden. Dennoch wird in den Sprachregelungen der Modernisierungsbedarf von NATO-Raketensystemen angemahnt. Erst in der Beantwortung der vorletzten Frage wird eine mögliche Stationierung gegen sowjetische SS-20 in der UdSSR mit der Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Abschreckung begründet.

Die Hauptentwicklungsphase der Pershing II begann 1980. Die Stationierung in Westeuropa war gemäß der Programmplanung für 1983 beabsichtigt. Dazu musste u.a. die Regierung der Bundesrepublik ihre Entscheidung bereits 1981 treffen, um das Beschaffungsprogramm einzuhalten.

Lautsch nannte Aspekte, die aus seiner Sicht die Bundesregierung bewogen, die Stationierung einer neuen Generation von weitreichenden Raketensystemen in Westeuropa voranzutreiben. Aufgrund der Beweglichkeit und Reichweite der SS-20 von bis zu 5.000 km, war das Raketensystem einerseits kaum verwundbar, andererseits war es in der Lage, jedes Ziel in Westeuropa, nicht aber die USA zu erreichen. Nach Wahrnehmung einzelner westeuropäischer Staaten könnte sich mit der Stationierung der SS-20 ein zukünftiger Krieg auf Europa konzentrieren und die USA ausgeklammert werden. Selbst amerikanische Historiker wie Professor Vojtech Mastny argumentierten, dass Pläne der Amerikaner vorsahen, sich im Falle eines sowjetischen Angriffs rasch aus Europa zurückzuziehen. Die „Befreiung“ sollte dann aus Übersee organisiert werden, so wie im 2. Weltkrieg. Dass damit Europa in gewisser Weise aufgegeben worden wäre, hatten die US-Planer ihren Verbündeten natürlich nicht gesagt. Um die Glaubwürdigkeit der Abschreckung gegenüber dem Warschauer Pakt zu erhalten, bevorzugte der damalige Kanzler Helmut Schmidt, entweder die massive westeuropäische Aufrüstung oder die beiderseitige Abrüstung.

Aus einem geheimen Bericht der NVA vom 14. Juni 1982 über ein Gespräch des Ministers für Verteidigung der UdSSR, Marschall Dmitri Ustinow, mit dem Oberkommandierenden der VSK des Warschauer Vertrages, Marschall Wiktor Kulikow, geht die Absicht Ustinows hervor, erst dann 200 bis 300 SS-20-Raketen im Westen der Sowjetunion zu stationieren, wenn der NATO-Beschluss über die Stationierung von Pershing-II und Flügelraketen in Westeuropa realisiert wird. Diese Erklärung macht deutlich, dass die Möglichkeit des Verzichts auf die Modernisierung der US-Raketensysteme in Europa durchaus bestand.

Die planmäßige Produktionsphase der Pershing II begann Anfang 1982. Insofern waren die Stationierungsentscheidungen der US-Administration und der stationierungswilligen NATO-Partner bereits getroffen worden. Anfang 1983 standen die modernisierten US-Raketensysteme Pershing II zur Umrüstung des 1. Raketenartilleriebataillons, das dem 56thField Artillery Command in Schwäbisch Gmünd unterstand, zur Verfügung.

Offenbar wollte niemand im Westen den Vorschlägen der Sowjets Glauben schenken, dass sie von der Stationierung ihrer SS-20 absehen, wenn die NATO im Gegenzug auf die Stationierung der Pershing II verzichtet. Wenn dem so war, verliert die Logik des Altbundeskanzlers Helmut Schmidt zur massiven Aufrüstung oder beiderseitigen Abrüstung ihren Sinn. Da liegt das Ausgangsparadoxon und der grundlegende Widerspruch zwischen der Bestandsaufnahme und der Aufgabe des politischen Denkens.

Das Missverständnis ist das von der westdeutschen Politik inszenierte Bedrohungsszenario durch den Ostblock, bei dem allein die US-Rüstungswirtschaft profitierte, sowohl bei der Produktion, als auch bei der anschließenden Vernichtung der 572 neuen amerikanischen Raketensysteme. Ein beträchtlicher Gewinn für den US-amerikanischen militärischen Industriekomplex und ein enormer volkswirtschaftlicher Verlust für die am Projekt beteiligten Europäer. Und nicht nur das, die Stationierung der weitreichenden US-Raketensysteme war ein Rückschlag in den Beziehungen der Führungsmächte USA und UdSSR und ihrer Verbündeten. Nach dem Scheitern der Genfer Verhandlungen im November 1983 brach die Sowjetunion die Verhandlungen ab und stationierte ihrerseits die atomaren Raketensysteme SS-20 im Westen der Sowjetunion.